

16. Landtag von Baden-Württemberg, 118. Sitzung
Donnerstag, 6. Mai 2020, 10 Uhr

Rede

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

Aktuelle Debatte –

Den Standort Baden-Württemberg gut durch die Krise bringen – der Wirtschaft Perspektiven geben!

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Coronainfektionskurve gibt uns inzwischen erfreulicherweise guten Grund zur Hoffnung. Die Infektionskurve sinkt weiter. Seit gut einem Monat liegt die Reproduktionszahl in Baden-Württemberg konstant deutlich unter 1. Damit ist die Lage stabil und das Geschehen ist im Griff. Die zweite Welle ist auch nicht in Sicht. Auch die Aussicht auf einen Antikörpertest gibt uns im Kampf gegen die Pandemie sicherlich neue Freiräume.

Deshalb können und müssen wir jetzt auch über weitere Schritte der Öffnung sprechen und diese Schritte auch gehen. Deshalb gilt jetzt – heute Morgen hat es der

Bundesgesundheitsminister noch einmal betont: So viel Normalisierung wie möglich und nur noch so viele Einschränkungen wie nötig. Das ist vertretbar, und wo es vertretbar ist, da ist es auch geboten. Denn in unserer Rechtsordnung ist nicht die Öffnung begründungspflichtig, sondern die Beschränkungen. Darum muss es gehen. Deshalb geht es auch darum, dass wir die Strukturschäden am Standort Baden-Württemberg begrenzen.

Die neuen Arbeitsmarktzahlen wurden angesprochen. Sie zeigen: Der Arbeitsmarkt reagiert schnell und auch spürbar. Im April hatten wir den höchsten Anstieg seit 2009; der Shutdown kostet damit Jobs. Im Land sind momentan 1,6 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, im Bund sogar über zehn Millionen. Vor einem Jahr waren es gerade einmal 7 000. Baden-Württemberg verliert 20 Milliarden € Wirtschaftsleistung pro Monat. Wir dürfen deshalb die Kippunkte nicht verpassen. Wir brauchen Perspektiven für Unternehmer und vor allem auch für die Arbeitnehmer für einen Weg aus der Krise und auch für die Zeit nach Corona.

Deshalb müssen wir jetzt die Rückkehr ins Wirtschaftsleben klug und verantwortlich gestalten. Wir müssen der Konjunktur wieder Schub geben. Vor allem müssen wir Arbeitsplätze sichern und dafür sorgen, dass die Wirtschaft und die Beschäftigung schnell wieder aus eigener Stärke Fahrt bekommen, damit es wieder aufwärts und weitergeht. Es ist klar: Die Lage war und ist ernst. Das Virus fordert uns heraus und es bleibt auch eine Gefahr. Gesundheit steht weiterhin an erster Stelle. Deshalb war der Lockdown auch richtig und auch gerechtfertigt. Aber wir können dabei jetzt nicht stehenbleiben. Wir müssen vor allem jetzt schnell weiterkommen.

Wir haben beherzt geholfen. Wir haben viel Geld mobilisiert und eingesetzt. Die Zahlen wurden von der Finanzministerin eben genannt. Wir haben Tausende Betriebe vor dem plötzlichen Aus bewahrt. Land und Bund haben gemeinsam eine breite und starke Brücke über die Talsohle gebaut. Das haben auch die Kultus- und die Wirtschaftsministerin sehr früh gefordert. Und wir werden weiter mit einem Sofortprogramm 2 gezielt stützen und stabilisieren, damit wir die ökonomische Substanz des Landes schützen und vor allem erhalten für Selbstständige, für den Mittelstand und die Arbeitnehmer in unserem Land.

Aber das Ziel in der sozialen Marktwirtschaft sind ja nicht möglichst große staatliche Ausfall- und Ersatzprogramme. Das Beste ist, wenn die Menschen zurück an die Arbeit können, wenn die Betriebe wieder öffnen, das heißt wenn der Laden wieder läuft und

wieder gutes Geld verdient wird. Darum muss es jetzt gehen. Dafür müssen wir jetzt die Bedingungen schaffen – mit aller Vorsicht und Vernunft, aber auch mit einem ganz bewussten Blick nach vorn. Wir müssen vor allem auch Wege beschreiben und beschreiten, wie wir Gesundheitsschutz und, ich füge hinzu, wirtschaftliche Aktivität gleichzeitig möglich machen.

Wir haben inzwischen gut gelernt, mit Abstands- und Hygieneregeln umzugehen – selbst mit Masken. Das müssen wir jetzt flächendeckend einsetzen. Das, was auf Spielplätzen machbar ist, geht, denke ich, auch im Biergarten. Wir haben ja jetzt zum 20. April die ersten Öffnungen erlebt. Es gab keine neuen Ausschläge.

Die Leitlinie muss jetzt heißen: Dort, wo der Infektionsschutz sicher ist, muss auch eine Öffnung möglich sein. Heute standen Überschriften in Medien: „Deutschland, öffne dich!“ Heute ist zumindest der Tag, an dem die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin sprechen. Aber wir haben ja schon gehört, wie weit in Deutschland auch die Länder unterwegs sind. Nur das kann letztlich auch der Maßstab für die heutigen Beratungen sein: Wir müssen handeln, wir müssen vorangehen. Deshalb erwarten wir heute auch klare Entscheidungen für mehr Freiheit in Verantwortung. Darum muss es gehen.

Das heißt, wir müssen wieder vom Krisenpaternalismus zurück zu Eigenverantwortung kommen und zu Eigenverantwortung finden. Wir müssen statt starrer Beschränkungen zu klugen Lösungen kommen. Deshalb war es übrigens auch richtig, dass die Landesregierung die 800-m²-Regel im Einzelhandel schnell und restlos abgeräumt hat.

Das war richtig, und das war auch wichtig. Deshalb ist es dringlich, dass wir jetzt auch Gastronomie, Tourismus und Eventbranche vor allem die Aussicht auf eine Startfreigabe geben. Wir sind dankbar, dass dafür ein gut durchdachtes Stufenkonzept des Tourismusministers, der Wirtschaftsministerin und der Kultusministerin auf dem Tisch liegt. Dieses Konzept müssen wir jetzt umsetzen. Da müssen wir jetzt vorankommen.

In der Tat hat Mecklenburg-Vorpommern jetzt die Strände geöffnet, und Sachsen-Anhalt hat vor wenigen Tagen die Maskenpflicht aufgehoben. Bayern hat gestern ein Gesamtkonzept für Lockerungen vorgelegt. Und das, was Niedersachsen in der Gastronomie ab dem 11. Mai kann, das schaffen wir, sage ich heute einmal, in Baden-Württemberg auch.

Aber wir brauchen im nächsten Schritt auch aktive wirtschaftspolitische Impulse, um das Wachstum sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite wieder anzukurbeln. Wir hatten gestern in der Fraktion Herrn Professor Lars Feld, den Chef des Sachverständigenrats, zu Gast. Er hat uns auch hier intensiv dargelegt: Wir müssen den Aufbruch nach der Krise nutzen, um auch als Standort besser, schneller, agiler, wettbewerbsfähiger, dynamischer, innovativer zu werden. Darum muss es gehen. Das heißt, wir brauchen Investitionen in Technologie, in Forschung, in Innovation, in die Digitalisierung, in moderne Infrastruktur. Deshalb wäre natürlich eine Haushaltssperre, über die wir vorhin diskutiert haben, kontraproduktiv.

Es muss um Investitionen gehen. Da müssen wir Voraussetzungen schaffen. Deshalb müssen wir auch ein neues Zukunftsinvestitionsprogramm schaffen, darüber sprechen. Ich begrüße die Diskussion um Konjunkturprogramme sowohl des Landes wie des Bundes. Einen Einbruch bei den öffentlichen Aufträgen darf es grade jetzt nicht geben, sonst droht nämlich die nächste Krisenwelle eventuell gar im Bau oder im Handwerk. Das müssen wir vermeiden.

Wir brauchen eine Entlastung auch in der Bürokratie, bei Vorgaben, bei regulatorischen Bremsen – die müssen wir lösen. Dafür können wir auch als Land viel tun. Dazu gehören auch Impulse bei den Steuern. Dazu gehört übrigens auch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, und zwar sofort und für alle, in toto, weil gerade Personalunternehmen und Selbstständige davon besonders betroffen sind.

Der Bundesfinanzminister hat jetzt außerdem Maßnahmen zur Verlustverrechnung vorgeschlagen; diese müssen wir ausweiten. Die 4,5 Milliarden €, die Minister Scholz zugestanden hat, können nur ein erster Schritt sein; da muss noch mehr kommen. Wir brauchen auch eine Unternehmensteuerreform, wie die Mittelstandsstrategie von Bundeswirtschaftsminister Altmaier sie darstellt. Er macht da einen wichtigen und übrigens auch einen guten Job zusammen mit dem Bundesfinanzminister.

Wir brauchen natürlich auch das Gespräch über Kaufanreize. Aber wenn wir über Kaufanreize sprechen, auch über Kaufprämien für Autos – dazu kann man ordnungspolitisch natürlich geteilter Meinung sein; gestern fand ja ein Gipfel statt –, will ich schon sagen: Wichtig ist, dass wir hier alle in den Blick nehmen – neben der E-Mobilität und der Brennstoffzelle auch Plug-in oder 6d-Diesel. Ich teile nicht die Meinung – das

gestatte man mir – z. B. des Kollegen Özdemir, der gestern von „Betrug“ gesprochen hat, wenn man über Plug-in-Hybride spricht. Ich glaube, das ist die falsche Diskussion.

Wir müssen die Autoindustrie in diesem Land sehr, sehr ernst nehmen. Deshalb ist es, wie ich glaube, auch wichtig, dass der Ministerpräsident die Grüne Jugend aufklärt, worum es wirklich geht.

Wir waren immer für Technologieoffenheit. Wir wissen auch, dass wir noch lange auf den mobilen Fahrzeugverkehr angewiesen sein werden. Ziel ist es, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass wir unsere Schlüsselindustrie auf den Beinen halten, möglichst viele Jobs sichern und nicht mit dem Corona-Hebel politische Ideologievorgaben durchsetzen.

Dazu gehören jetzt natürlich Hilfen für die Gastronomie, für die angesprochenen Messen, Caterer und vieles mehr, für alle Branchen. Wir brauchen auch dieses Programm 2, das sich anschließen muss an das, was wir bisher haben.

Es geht darum, nach der Krise nicht eine Wunschwirtschaft vom Reißbrett hochzuziehen – das wird nicht funktionieren. Wir wollen eine starke soziale Marktwirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen, Wohlstand für alle, Innovation durch Wettbewerb, Freiheit in Verantwortung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, darauf kommt es an. Dafür stehen wir, und so werden wir den Weg aus der Krise erfolgreich gehen können.